Die sozialpolitischen Anschauungen Adolf Stöckers

nach dem christlich-sozialen Arbeiter-Programm von 1878

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
genehmigt
von der philosophischen Fakultät
der
Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität
zu Bonn

Gertrud Traeder (1894-)
aus Godesberg

Druck: Montanus u. Ehrenstein, Barmen

Die sozialpolitischen Anschauungen Adolf Stöckers

nach dem christlich-sozialen Arbeiter-Programm von 1878

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
genehmigt
von der philosophischen Fakultät
der
Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität
zu Bonn

Gertrud Traeder
aus Godesberg

Druck: Montanus u. Ehrenstein, Barmen

Berichterstatter:

Professor Dr. H. Dietzel.

Mit Genehmigung der Fakultät kommt hier nur ein Auszug der eingereichten Arbeit zum Abdruck. Die Dissertation befindet sich auf der Bonner Universitäts-Bibliothek.

Das 19. Jahrhundert erhält sein eigenes soziales Gepräge durch das Entstehen und Empordrängen des vierten Standes, der die Arbeiterfrage als die soziale Frage der Zeit aufwarf.

Zu denen, die die Bedeutung dieses sozialen Problems ihrer Zeit erkannt und an seiner Lösung mitgeholfen haben, gehört Adolf Stöcker. Seine sozialpolitischen Anschauungen sind durch Johann Hinrich Wichern vorbereitet und durch Viktor Aimé Huber und Rudolf Todt beeinflußt worden. Seine bahnbrechende Tat ist die Gründung der christlich-sozialen Arbeiterpartei im Jahre 1878, deren Programm Stöckers sozialpolitisches Bekenntnis ist, das zur Grundlage seiner sozialen Tätigkeit wurde.

Johann Hinrich Wichern, der Vater der Inneren Mission, wollte die Not des vierten Standes durch eine tatkräftige Liebestätigkeit der Kirche lindern. Viktor Aimé Huber erwartete die soziale Hilfe von „Associationen", die „in jeder Form, in jedem Umfange, an jedem Ort, für jeden Beruf und alle wirtschaftlichen Unternehmungen"[1]) gebildet werden sollten. Sein genossenschaftliches Programm ist „das erste eigentlich evangelisch-soziale".[2]) Die notwendige Auseinandersetzung der sozial angeregten evangelischen Kreise mit der sozialistischen Bewegung brachte das Werk des Pfarrers Rudolf Todt über „den radikalen deutschen Sozialismus und die christliche Gesellschaft" (1877). Todt kommt zu dem Ergebnis, daß die Grundprinzipien des Sozialismus vor der Kritik des Neuen Testamentes bestehen können, ja, daß sie sogar „evangelische göttliche Wahrheiten"[3]) enthalten. Verwerflich aber findet er die Mittel der Gewalt und des Umsturzes, durch die die Sozialisten ihre Forderungen durchsetzen wollen. Todt will notwendige soziale Reformen nach christlich-sittlichen Grundsätzen durchgeführt wissen. Er gründete 1877 den „Zentralverein für Sozialreform" als erste Organisation evangelisch-sozialer Bestrebungen mit dem Zweck, „soziale Reformen auf religiöser und konstitutionell-monarchischer Grundlage vorzubereiten". Adolf Stöcker war an der Gründung mitbeteiligt. Sollten die sozialen Reformen aber nicht nur vorbereitet, sondern auch durchgeführt werden, so mußten sie von einer politischen Partei vertreten werden.

---

[1]) V. A. Huber, Die Arbeiter und ihre Ratgeber. S. 4. [2]) Paul Göhre, Die Ev. soziale Bewegung. S. 8. [3]) Rud. Todt, Der radikale deutsche Sozialismus. S. 380.

Eine solche Partei zu schaffen, unternahm Adolf Stöcker und tat damit „den ersten Schritt in das praktische politische Leben hinein".[4]) In der berühmten „Eiskellerversammlung" in Berlin am 3. Januar 1878 gab er den Anstoß zur Gründung einer christlich-sozialen Arbeiterpartei, die sich dann einige Tage später konstituierte. Stöcker wollte durch eine solche Organisation der Arbeiter selbst ein soziales Reformprogramm auf gesetzlichem Wege durchführen und die staatsgefährdende Sozialdemokratie abwehren. „Der dauernden Organisation des sozialen Umsturzes sollte eine dauernde Organisation der sozialen Hilfe"[5]) entgegengestellt werden. Das Programm der neuen Partei wird von Stöcker in einer der ersten Nummern des „Staatssozialisten" vorgelegt und, nachdem von Adolf Wagner einige Aenderungen vorgeschlagen und von Stöcker als berechtigt anerkannt waren, in folgender Form angenommen:

Allgemeine Grundsätze.

1. Die christlich-soziale Arbeiterpartei steht auf dem Boden des christlichen Glaubens und der Liebe zu König und Vaterland.
2. Sie verwirft die gegenwärtige Sozialdemokratie als unpraktisch, unchristlich und unpatriotisch.
3. Sie erstrebt eine friedliche Organisation der Arbeiter, um in Gemeinschaft mit den andern Faktoren des Staatslebens die notwendigen praktischen Reformen anzubahnen.
4. Sie verfolgt als Ziel die Verringerung der Kluft zwischen Reich und Arm und die Herbeiführung einer größeren ökonomischen Sicherheit.

Einzelne Forderungen.

I. An den Staat.

A. Arbeiterorganisationen.

1. Herbeiführung obligatorischer, fachlich geschiedener, aber durch das ganze Reich hindurch gehender Fachgenossenschaften, mit ihnen zusammenhängend Regelung des Lehrlingswesens.
2. Einsetzung obligatorischer Schiedsgerichte.
3. Errichtung von obligatorischen Witwen- und Waisen-, sowie Invaliden- und Altersversorgungskassen.

---

[4]) A. Stöcker, Christlich-Sozial, Einl. S. 15. [5]) a. a. O Einl.

4. Autorisation der Fachgenossenschaften zur Vertretung der Interessen und Rechte der Arbeiter ihren Arbeitgebern gegenüber.
5. Verpflichtung der Fachgenossenschaften zur Haftung für die von den Arbeitern etwa zu übernehmenden kontraktlichen Verbindlichkeiten.
6. Staatliche Kontrolle des fachgenossenschaftlichen Kassenwesens.

B. Arbeiterschutz.

1. Verbot der Sonntagsarbeit. Abschaffung der Arbeit von Kindern und verheirateten Frauen in Fabriken.
2. Normalarbeitstag, modifiziert nach Fachgenossenschaften.
3. Energische Anstrebung der Internationalität dieser Arbeiterschutzgesetze; bis zur Erreichung dieses Zieles ausreichender Schutz der nationalen Arbeit.
4. Schutz der Arbeiterbevölkerung gegen gesundheitswidrige Zustände in den Arbeitslokalen und Wohnungen.
5. Wiederherstellung der Wuchergesetze.

C. Staatsbetrieb.

Arbeiterfreundlicher Betrieb des vorhandenen Staats- und Kommunaleigentums und Ausdehnung desselben, soweit es ökonomisch ratsam und technisch zulässig ist.

D. Besteuerung.

1. Progressive Einkommensteuer als ausgleichendes Gegengewicht gegen bestehende oder zu schaffende indirekte Besteuerung.
2. Progressive Erbschaftssteuer bei größeren Vermögen und entfernteren Verwandtschaftsgraden.
3. Börsensteuer.
4. Hohe Luxussteuer.

II. An die Geistlichkeit.

Die liebevolle und tätige Anteilnahme an allen Bestrebungen, welche auf eine Erhöhung des leiblichen und geistigen Wohles, sowie auf die sittlich-religiöse Haltung des gesamten Volkes gerichtet sind.

III. An die besitzenden Klassen.

Ein bereitwilliges Entgegenkommen gegen die berechtigten Forderungen der Nichtbesitzenden, speziell durch Einwirkung auf die

Gesetzgebung, durch tunlichste Erhöhung der Löhne und Abkürzung der Arbeitszeit.

IV. An die Arbeiterklasse.

1. Freudige Unterstützung der fachgenossenschaftlichen Organisation als eines Ersatzes dessen, was in den Zünften gut und brauchbar war.
2. Hochhaltung der persönlichen und Berufsehre, Verbannung aller Roheit aus den Vergnügungen und Pflege des Familienlebens in christlichem Geiste.

Ueber die Quellen seines Programmes berichtet Stöcker: „Wir haben vor uns die Forderungen der Sozialdemokratie und der katholisch-sozialen Partei. Diese Forderungen haben wir geprüft und gefragt: Welche können wir annehmen, welche müssen wir verwerfen? Dazu haben wir die nötigen Ergänzungen hinzugefügt. Aber wir haben nicht daran gedacht, etwa ein großes System zu entwerfen, wodurch die ganze Welt umgekehrt werden soll.“[6])

In den „allgemeinen Grundsätzen“ verwirft das christlich-soziale Arbeiterprogramm die Sozialdemokratie als unpraktisch, unchristlich und unpatriotisch. Das wirtschaftliche Endziel der Sozialdemokratie, nämlich die Abschaffung des Privateigentums, hält Stöcker für utopisch (cf. Stöcker. Kann ein Christ Sozialdemokrat und kann ein Sozialdemokrat Christ sein?) Den Weg eines politischen Umsturzes, der zur Erreichung dieses Zieles führen soll, weist er als unpatriotisch ab und den Geist materialistischer Weltanschauung, der die Sozialdemokratie beherrscht, verurteilt er als unchristlich. Dennoch liegt nach Stöckers Ueberzeugung „dieser Partei eine Bewegung des vierten Standes zu Grunde, in der viel Berechtigtes ist“,[7]) so daß er ihre Forderungen als erste Quelle seines Programms bezeichnet. Die unter „Arbeiterschutz“ von der christlich-sozialen Arbeiterpartei aufgestellten Forderungen sind ausnahmslos in dem sozialdemokratischen Gothaer Programm von 1875 enthalten und von Stöcker übernommen worden.

Die katholisch-soziale Bewegung, die Stöcker als zweite Quelle seines Arbeiterprogrammes angibt, wird vor allem durch Bischof von Ketteler vertreten, der 1869 bedeutsame sozialpolitische Forderungen im Namen des Christentums aufstellte (cf. „Die Arbeiterfrage und das Christentum“, 1869). Ketteler hat besonders den Gedanken der Gewerkschaften als wichtig erkannt und öfter in seinen Schriften ausgeführt. Stöcker ist in Teil A seines Pro-

---

[6]) Ueber den Programmentwurf der Christlich-Sozialen Arbeiterpartei. Flugbl. 3 1878. [7]) Stöcker, im Abgeordnetenhaus 2. 3. 95.

grammes, das von „Arbeiterorganisationen“ handelt, von Ketteler beeinflußt worden.

Der Hauptteil des Stöckerschen Arbeiterprogrammes ist überschrieben: „An die Staatshilfe.“ Dadurch setzt es sich in Gegensatz zu dem Prinzip der herrschenden Wirtschaftsordnung des Liberalismus von dem freien Spiel der Kräfte. Wohl anerkennt Stöcker „einen Individualismus, der die Persönlichkeit in ihrer Bedeutung zur Entwicklung bringt“.[8]) Aber da die Menschen von Natur nicht gleich sind — so urteilt Stöcker, — bedürfen die Schwächeren der Hilfe eines Mächtigeren — des Staates —, um nicht im freien Kräftespiel von den Stärkeren vernichtet zu werden. „Den Geist der Solidarität“, den Stöcker in dem System des Sozialismus findet, hält er für notwendig, „um die sozialen Kämpfe auf eine friedliche Bahn zu lenken.“[9]) Stöcker will also Individualismus und Sozialismus vereinen, das Recht der Persönlichkeit und die Pflicht der Solidarität; er will Gesamthilfe für den Einzelnen und Einzelhilfe für die Gesamtheit.

Das Ziel, das Stöcker mit der Aufstellung seines Arbeiterprogramms verfolgte, war — wie er es später einmal ausdrückt — „die Wiederherstellung der natürlichen und göttlichen Ordnungen, wie sie in der Persönlichkeit, dem Familienleben, der korporativen Gemeinschaft und der sittlich-religiösen Pflege gegeben sind.“[10])

Die Ueberzeugung, daß „die arbeitende Persönlichkeit die Trägerin des sozialen Lebens ist,“[11]) liegt den wirtschaftlichen Forderungen über den Wert und die Dauer und die Entschädigung der Arbeit zu Grunde. Die Arbeit ist das Kapital des Arbeiters, das der Staat zu schützen hat. Deshalb wird eine befriedigende Lösung der Lohnfrage und eine Regelung der Arbeitszeit von Stöcker verlangt. Er tritt für den „Normalarbeitstag“, modifiziert nach Fachgenossenschaften und für das „Verbot der Sonntagsarbeit“ ein.

Um die Familie, die zweite göttliche Ordnung, zu schützen, fordert er „Abschaffung der Arbeit von Kindern und verheirateten Frauen“ und verlangt „gesunde Wohnungen“ für die arbeitende Bevölkerung. Die „Internationalität“ dieser Schutzgesetze wird von Stöcker im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der eigenen Volkswirtschaft angestrebt.

Diese Forderungen des Arbeiterschutzes kann der Arbeiter nicht als Einzelpersönlichkeit vertreten, er bedarf der Unterstützung und des Haltes, den er nur in der Gemeinschaft findet. Deshalb bezeichnet Stöcker die Organisation der Berufsgenossen als dritte göttliche Ordnung. Von den „Arbeiterorganisationen“ handelt Teil

---

[8]) Stöcker, Individualismus und Sozialismus. [9]) Ebenda. [10]) Deutsche Evangel. Kirchenzeitung, 1888 S. 69. [11]) Stöcker, Christlich-Sozial S. 276.

A seines Programmes. Dadurch, daß er diesen Abschnitt „An die Staatshilfe“ überschreibt, verläßt er das Prinzip der Selbsthilfe, auf dem die sozialdemokratischen Gewerkschaften aufgebaut sind. Stöcker fordert obligatorische Fachgenossenschaften in der Erwartung, daß dadurch eine Zersplitterung der Arbeiter „in sozialdemokratische, gewerkvereinliche und zünftlerische oder andere Spaltungen und Vereinigungen“[12] verhindert werde.

Als Aufgaben der Fachgenossenschaften nennt das Stöckersche Programm: „Regelung des Lehrlingswesens“, „Einsetzung obligatorischer Schiedsgerichte“ und „Errichtung von obligatorischen Witwen- und Waisen-, sowie Invaliden- und Altersversorgungskassen“. Die letztere Forderung ist dadurch besonders bedeutungsvoll geworden, daß sie dem Bismarckschen Werk der Arbeiterversicherung den Weg mit hat bahnen helfen. Dem Arbeitgeber gegenüber sollen die Fachgenossenschaften die Interessen des Arbeiters vertreten. Stöcker glaubte, „daß sich ein Arbeitgeber eine gewisse konstitutionelle Bindung von seiten der Arbeiterschaft gefallen“[13] lassen müsse. Allerdings sollen die Fachgenossenschaften den Arbeitgebern gegenüber auch verpflichtet sein, „zur Haftung für die von den Arbeitern etwa zu übernehmenden kontraktlichen Verbindlichkeiten“ und so als Mittelglied zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die beiderseitigen Rechte und Pflichten regeln.

In Teil C fordert Stöcker vom Staat als dem größten Arbeitgeber arbeiterfreundlichen Betrieb in den öffentlichen Unternehmungen. Er vertritt eine Ausdehnung des Staatsbetriebes, soweit es „ökonomisch ratsam und technisch zulässig ist“.

Von besonderer Bedeutung für das soziale Wirken des Staates ist das Steuerwesen, das in dem Stöckerschen Programm unter D behandelt wird. Die Forderungen betr. „Besteuerung“ stimmen mit denjenigen des sozialdemokratischen Programms überein. „Wir wollen, daß die Kapitalien sich nicht ins Ungeheure vermehren, darum finden Sie die Forderung einer progressiven Einkommensteuer und einer progressiven Erbschaftssteuer“,[14] so rechtfertigt Stöcker in der ersten christlich-sozialen Arbeiterversammlung diesen Teil seines Programms.

Bedeutsamer als alle Forderungen, die das äußere Wohl des Arbeiters betreffen, ist Stöcker eine sittlich-religiöse Erneuerung des Volkslebens. „Wenn wir neben den materiellen und geistigen Bedingungen einer günstigen Entwickelung des Arbeiterlebens die sittlich-religiösen Bedingungen vernachlässigen oder beiseite stellen, so werden unsere Bemühungen, die großen sozialen Schwierigkeiten zu beruhigen und zu mildern, vergeblich sein,“[15] so sprach er

---

[12]) Stöcker, Christlich-Sozial S. 34. [13]) Stöcker, im Abgeordnetenhaus 2. 3 95
[14]) Flugbl 3 der christlich-sozialen Arbeiterpartei. [15]) Stöcker im Abgeordnetenhaus, 7. 2. 1884.

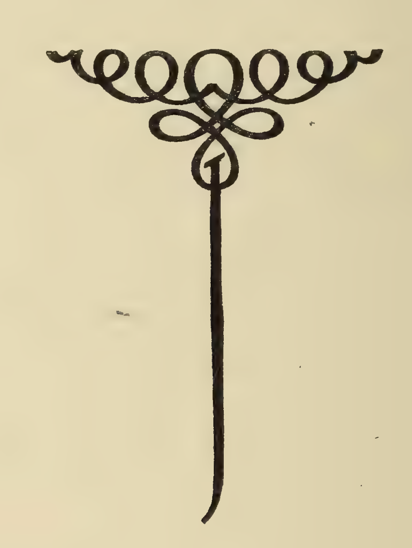
einmal diese seine Ueberzeugung aus. Die Sorge für eine solche sittlich-religiöse Erneuerung spricht er in Teil II seines Programmes „der Geistlichkeit“ vor allem zu und weist damit der Kirche große neue Pflichten dem Volksganzen gegenüber zu.

In Teil III wendet er sich an die „besitzenden Klassen“, um in ihnen das soziale Verantwortungsgefühl zu wecken und sie willig zu machen „zum Entgegenkommen gegen die berechtigten Forderungen der Nichtbesitzenden“. Einen christlich-sittlichen Geist verlangt er in Teil IV auch „von der Arbeiterklasse“ und fordert sie auf „zur Hochhaltung der persönlichen und Berufsehre, Verbannung aller Roheit aus den Vergnügungen und Pflege des Familienlebens in christlichem Geiste.“ Das soziale Problem muß zuerst als sittliche Frage gelöst werden, und die einzige Kraft die dies vermag, ist das Christentum, deshalb betont Stöcker immer wieder: Christentum und soziales Leben sind aufeinander eingestellt und angewiesen, das heißt christlich-sozial!

Das christlich-soziale Arbeiterprogramm hat die Massen nicht auf die Dauer fesseln können. Es enthält im Gegensatz zu den unerfüllbaren Versprechungen der Sozialdemokratie nur Forderungen, die unbedingt erreichbar sind. Schon nach wenigen Jahren konnten die Anhänger ihre Wünsche „zum großen Teil erfüllt oder der Erfüllung nahe“ sehen, und das Programm verlor dadurch an Anziehungskraft. Durch das Sozialistengesetz war außerdem der Kampf gegen die Sozialdemokraten, der die christlich-soziale Arbeiterpartei zusammengeschlossen hatte, erlahmt und ein wesentlicher Daseinszweck der neuen Partei hinfällig geworden. Der christlich-soziale Gedanke aber hatte in weiteren Kreisen, besonders in denen des Handwerker- und Mittelstandes, fruchtbaren Boden gefunden, und diese Stände schlossen sich der christlich-sozialen Arbeiterpartei an. Stöcker sah sich aus diesen Gründen gezwungen, das bisherige christlich-soziale Arbeiterprogramm zu erweitern und in ein allgemeines christlich-soziales Programm zu verwandeln. Mag dadurch die Stoßkraft seines Werkes als Arbeiterbewegung verloren gegangen sein, der Einfluß seines Geistes auf alle Kreise des Volkes ist nur durch diese Aenderung des ursprünglichen Programmes möglich gewesen.

Der äußere Erfolg der Stöckerschen Bewegung war schwankend und nicht von durchschlagender Kraft. Dennoch ist Stöckers Wirken nicht vergeblich für das soziale Volksleben gewesen. Christlich-soziale Gedanken, wie sie in der Kaiserlichen Botschaft von 1881 ausgeführt werden, haben den Weg für Bismarcks soziale Reformen bereitet. Die christlich-soziale Idee ging nicht wieder unter, nachdem sie von Stöcker der evangelischen Christenheit ins Gewissen geschrieben war. Sie hatte zwar die Massen nicht gewinnen können, aber in kleinen Kreisen lebte sie fort und gewann an Bedeutung,

je mehr die Zeit Stöcker Recht gab und für sein Werk reif wurde. Heute sind seine Gedanken in dem „kirchlich-sozialen Bund", dem „Deutschen Evangelischen Volksbund für öffentliche Mission des Christentums", in den „Evangelischen Arbeitervereinen" und den „Christlichen Gewerkschaften" lebendig. Je mehr Stöckers Prophezeiung von dem Niedergang des deutschen Volkes, das die Grundsätze des Christentums in seinem Volksleben verleugnet, sich erfüllt, um so mehr wird Stöckers Bedeutung erkannt und seine Devise „christlich-sozial" befolgt werden, die — wie Stöcker einmal sagt — „alles zusammenfaßt, was auf religiösem und wirtschaftlichem Gebiet not ist, denn auch für soziale Dinge braucht man das religiöse Element, darauf ruht die soziale und die politische Welt."[16])



[16]) Stöcker im Abgeordnetenhaus 22. 11. 80.

Ich, Gertrud Traeder, evangelischer Konfession, bin geboren in Kassel am 30. Januar 1894 als Tochter des Kaufmanns Heinrich Traeder und seiner verstorbenen Ehefrau, Anna, geb. Scheffer.

Von Ostern 1903 bis Herbst 1912 besuchte ich das Lyzeum und die realgymnasiale Studienanstalt der Luisenschule zu Düsseldorf bis Unterprima, ging dann in die realgymnasiale Studienanstalt der Luisenschule zu Magdeburg über, wo ich Ostern 1914 das Zeugnis der Reife erwarb. Von Ostern bis Herbst 1914 studierte ich in Halle, von Ostern 1915 bis Herbst 1919 war ich in Bonn immatrikuliert, wurde aber 5 Semester lang für den Hilfsdienst in der Heimat beurlaubt. Von Herbst 1919 bis Sommer 1920 studierte ich in Berlin und bezog zum Winter 1920 wieder die Universität Bonn, wo ich zur Zeit noch in der juristischen Fakultät immatrikuliert bin.

Ich habe mich bisher vor allem dem Studium der National-ökonomie und Finanzwissenschaft der Philosophie und einzelner Gebiete der Theologie gewidmet. Im Februar 1920 bestand ich in Bonn die Doktorprüfung.

Eine besondere Förderung meiner Studien verdanke ich meinem hochverehrten Lehrer, Herrn Geheimrat Dietzel.



